Grußwort

Deutschland braucht ein Update

Liebe Leserinnen und Leser,

in seiner Rede auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart hat FDP-Chef Christian Lindner vor der "Rückkehr der German Angst" gewarnt und Strategien zur Bewältigung der vielen internationalen Krisen aufgezeigt. "Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Angst selbst. Angst macht das Denken klein, den Horizont eng, das Handeln kopflos", sagte Lindner. Der Freidemokrat kündigte an: "Der German Angst setzen wir den German Mut entgegen." Das Jahr 2016 müsse nicht ein weiteres Krisenjahr sein: "Machen wir daraus das Jahr der großen Chancen." Mit Blick auf Sehnsüchte nach mehr Sicherheit durch Überwachung sowie das Erstarken nationalistischer Bewegungen als Produkte der Verunsicherung ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die Gesellschaft längst weiter ist, als viele glaubten. "Echte Sicherheit fühlt nur der selbstbestimmte, gebildete Mensch in sich selbst. Die Stärkung des Einzelnen, das ist unser politischer Anspruch." Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung müssten selbstverständlich geschützt werden. Dies ist ein moralischer Imperativ. Der Satz der Bundeskanzlerin "Wir schaffen das" ersetzt allerdings kein durchdachtes Regierungshandeln. Der FDP-Chef prangerte zudem die Uneinigkeit der Großen Koalition in der Krise an. Die öffentliche Zerstrittenheit auf dem jüngsten Unionsparteitag war beschämend, konsta-

Ihre Meinung ist mir wichtig.

Schreiben Sie mir, was Ihnen an diesem Newsletter gefällt und was nicht.

Sagen Sie mir Bescheid, wenn Sie zu einem Thema weitere Hintergründe wissen möchten: jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de

tierte er. Lindner lobte das "großartige Engagement aus der Mitte der Gesellschaft" an Stellen, wo der Staat versagt habe. Im Jahr 2015 hat sich die Regierung auf die Bürger verlassen können – im Jahr 2016 muss es wieder umgekehrt funktionieren. Dafür muss das Chaos im Asylsystem aufgeräumt werden. Der de facto unbegrenzte Aufenthalt aller aktuell ankommenden Flüchtlinge hat eine massive Sogwirkung ausgelöst. Das Asylsystem sowie das Einwanderungsrecht müssen dringend modernisiert werden. Zwischen endloser Aufnahmebereitschaft und Abschottung muss es einen dritten Weg geben – mit vorübergehendem humanitärem Schutz für Kriegsflüchtlinge und einem einheitlichen Einwanderungsgesetz. Letzteres sollte bessere Wege der legalen Einwanderung in den Arbeitsmarkt öffnen – auch angesichts des Fachkräftemangels. Die europäische Idee dürfe jedoch nicht untergraben werden, mahnte Lindner mit Blick auf die Welle der Grenzschließungen, die die Asylkrise begleiteten. Stattdessen braucht es mehr Zusammenhalt und gesamteuropäische Strategien, nicht nur in der Asylpolitik,

Fortsetzung

Deutschland braucht ein Update

sondern auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Im Bereich der inneren Sicherheit unterstrich Lindner, dass der Rechtsstaat immer und überall greifen müsse. Er zeigte sich von den Ereignissen in Köln mit massenhaften Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht entsetzt, stellte allerdings klar, dass kein zusätzliches "Integrationsgesetz" diese Vorkommnisse verhindert hätten, sondern nur eine starke Polizeiarbeit und eine bessere Koordination mit der Justiz. "Ich habe den Eindruck, in Deutschland gibt es bereits rechtsfreie Räume", kritisierte er. Dieser Zustand darf nicht geduldet werden. Wir Freien Demokraten wollen, dass die Bürger sich in jedem Winkel des Landes auf die Autorität des Rechtsstaates verlassen könnten. Auch verfolgt Lindner mit Besorgnis die Politik der Großen

Koalition: "Die öffentlichen Finanzen werden in guten Zeiten ruiniert", konstatierte er. Statt in die teuerste Fehlentscheidung in der jüngeren Sozialgeschichte, müssen wir in die Zukunftsfähigkeit investieren. So, wie dies die FDP Baden-Württemberg mit ihrem Impulsprogramm für die Verkehrsinfrastruktur vor hat.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters.

Ihr

Termine: Hier bin ich für Sie unterwegs

19.2.16	12.30 Uhr: Gesundheitspolitische Veranstaltung „Versorgung im ländlichen Raum“ im Alten Rathaus in Jux/Spiegelberg
22.02.16	19.00 Uhr : Podiumsdiskussion zum Thema „Risiko Scheinselbständigkeit - Stolperfallen für Gründer, Mittelstand und Auftragnehmer“ in Schorndorf
24.2.16	15.00 Uhr: Veranstaltung mit Ernst Pfister in Kernen-Stetten
25.2.16	ab 11.30 Uhr: Veranstaltung mit Wolfgang Kubicki im Hirsch in Grunbach
26.2.16	9 bis 11 Uhr: Veranstaltung mit Formel 1-Experten Norbert Haug in Urbach
26.2.16	21.30 Uhr: Mash meets friends mit Christian Lindner im Mash Stuttgart
29.2.16	Verkehrspolitische Veranstaltung mit Prof. Dr. Tobias Bernecker in Schorndorf
2.3.16	19.30 Uhr: Weinbaupolitische Veranstaltung mit Prof. Dr. Erik Schweickert in Endersbach
4.3.16	Seniorenachmittag: Gesellschaft braucht Pflege. Veranstaltung mit Michael Wipp, Geschäftsführer Haus Edelberg in Kernen
8.3.16	19.30 Uhr: Sportpolitische Veranstaltung in Rommelshausen
7.3.16	Veranstaltung bei der Oskar Frech GmbH & Co. KG in Schorndorf-Weiler mit Wirtschaftsminister a.D. Walter Döring
11.3.16	19.00 Uhr : Wahlkampfabschlussveranstaltung mit Michael Theurer MdEP im Schnaithmann-Forum in Remshalden

Prüfsteine für den Politikwechsel

114. Landesparteitag: Der nächste Schritt für unser Land

Beim Dreikönigsparteitag der FDP am 5. Januar 2016 haben wir unsere Prüfsteine für den Politikwechsel verabschiedet. Beim 114. Landesparteitag in Fellbach hatte ich als Kreisvorsitzender der FDP Rems-Murr die Ehre, zu Beginn ein Grußwort zu sprechen.

Wir werden diese inhaltlichen Positionen an unsere demokratischen Mitbewerber übermitteln. Unsere Mitbewerber können sich dann zu unseren Inhalten, unseren Punkten für eine andere Politik in Baden-Württemberg äußern. Denn eins ist klar, wir werden nur dann Regierungsverantwortung übernehmen, wenn wir liberale Politik für Baden-Württemberg auch umsetzen können. Unsere wichtigsten Punkte für die Zukunftsthemen: Bildung, Infrastruktur, Wirtschaft. In die Zukunft zu investieren bringt das Land weiter. Dabei müssen wir Belastungen, Bürokratie und unfairen Wettbewerb abstellen und endlich an die Zukunftsfähigkeit unseres Landes denken. „Der nächste Schritt für unser Land“ - nur mit den Freien Demokraten wird er gelingen. In der Rede des Landesvorsitzenden Michael Theurer wurde klar, dass Baden-Württemberg und auch Deutschland die Freien Demokraten braucht: „Die schwarz-rote „GroKo“ in Berlin setzt den Volksbeglückungsreigen munter fort – so als ob die künftigen Generationen nicht durch die Rentenbeschlüsse genug belastet worden wären,“

so Theurer. Ein Blick nach Berlin zeigt, zu was Christdemokraten fähig sind, wenn die Freien Demokraten als Gewissen der Sozialen Marktwirtschaft und als Korrektiv fehlen. Dann macht die CDU nur noch Sozialpolitik und verrät die Interessen des Mittelstands. Wir als Freie Demokraten treten ein für eine offene Gesellschaft, in der jeder seinen eigenen Lebensentwurf verwirklichen kann. Jeder Mensch, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welcher Ethnie oder welcher Religion und auch welcher sexuellen Orientierung, muss eine faire Chance haben. Wir sind die politische Kraft, die Chancen eröffnet und möglich macht. Der Leitantrag wurde eingebracht durch den Spitzenkandidaten Hans-Ulrich Rülke: „Opposition ist nicht „Mist“, sondern wichtig für die parlamentarische Demokratie. Ich sage es ganz klar. Wir werden nur dann regieren, wenn die Inhalte stimmen. Deshalb haben wir heute ein inhaltliches Angebot gemacht. Wer mit uns regieren will, muss sich bewegen.“ Auf dem Dreikönigsparteitag in Fellbach durfte man sich zudem über zahlreiche prominente Gäste freuen. So gab es Grußworte von Lencke Steiner, Volker Wissing, Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz, und Nicola Beer, Generalsekretärin der Bundes-FDP, sowie zahlreicher Unternehmer. Ebenfalls zu Gast war Hans van Baalen, ein Vertreter der niederländischen Liberalen und Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Sicher leben im Rems-Murr-Kreis

Haußmanns liberaler Politiktreff mit Klaus Auer

Bei 54 Prozent der Deutschen hat sich das Sicherheitsgefühl mit Blick auf Kriminalität im vergangenen Jahr verschlechtert. Passend dazu lud ich am Dienstag, 29. Dezember 2015, ins Weingut Zimmer nach Stetten zu „Haußmanns liberalem Politik-Treff“ ein. Das Thema des Abends waren die Herausforderungen für einen sicheren Rems-Murr-Kreis. Darüber diskutierte ich mit Klaus Auer, Mitglied im Vorstand der Initiative Sicherer Landkreis. Gut 30 Interessierte folgten meiner Einladung und informierten sich über Verkehrssicherheit, Jugendkriminalität und aktuelle Entwicklungen, wie die gewaltorientierten islamistischen Spektren, die sich auch in Deutschland bilden. Für Klaus Auer müsste bei Flüchtlingen mehr differenziert werden. „Die, die unter Krieg leiden, brauchen Hilfe, aber es gibt

die andere Seite, die dürfen wir nicht unterschätzen und nicht zu blauäugig sein.“ Deshalb fordert die FDP eine Unterscheidung zwischen Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen, die sofort befristeten Schutz erhalten sollten, um sie außerhalb des Asylverfahrens schneller in die Integration zu bringen. Wir brauchen dringend eine Erfassung aller, die zu uns kommen. Denn wir müssen wissen, wer bei uns lebt.

Christian Lindner besucht das Remstal

Maultaschenessen mit unserem Parteivorsitzenden

FDP-Parteivorsitzender, Christian Lindner, mit Jochen Haußmann, Landtagskandidat für den Wahlkreis Schorndorf, und Zweitkandidatin Lisa Walter.

Groß war der Andrang am Samstag, 30. Januar, im Landgasthaus Hirsch in Grunbach, als der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner zu Gast war. Er erläuterte unter anderem die klaren Positionen der FDP in der Flüchtlingspolitik. Die FDP setzt auf vernünftige, pragmatische Lösun-

gen – orientiert an rechtsstaatlichen Maßstäben. Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht, einerseits die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, andererseits die Integration voranzutreiben. Ein klarer politischer Kurs ist bei der Großen Koalition im Bund bis heute nicht erkennbar. Dies gilt auch für die grün-rote Landesregierung. Die Liste der sogenannten sicheren Flüchtlings-Herkunftsstaaten soll um drei Länder in Nordafrika erweitert werden. Das hat die Große Koalition beschlossen. Das Vorhaben braucht die Zustimmung des Bundesrates. Doch Baden-Württemberg und Thüringen wollen so schnell nicht entscheiden. Ministerpräsident Winfried Kretschmann will die beschlossene Ausweitung der Liste erst einmal prüfen und verzögert damit die Umsetzung. Am Ende reicht es Christian Lindner immerhin auch noch für eine Portion Maultaschen im Traditionslokal der Liberalen.

Die Freien Demokraten zur Flüchtlingskrise

Initiativen 2015: Das Wichtigste auf einen Blick

In Zeiten der Flüchtlingskrise herrscht vielfach ein Meinungsvakuum. Die Große Koalition verkämpft sich auf Nebenschauplätzen und nimmt keine klare Position ein. Die Freien Demokraten hingegen beziehen zur Flüchtlingskrise klar Stellung und bieten Lösungen. Die wichtigsten Initiativen auf einen Blick:

Jüngst äußerte Christian Lindner in einer Plenarrede, die viel Zuspruch erhielt, seine Meinung über den **Umgang mit Rechtspopulismus in Deutschland**. Rückblickend lag schon im Herbst 2015 ein Konzept vor, das Rechtssicherheit für die Schutzsuchenden schafft und gleichzeitig die Verwaltung entlastet: **Vorübergehenden humanitären Schutz für Kriegsflüchtlinge**. FDP-Chef Christian Lindner kritisierte den Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung. Erst Grenzen auf, dann Rückkehr zu Grenzkontrollen - das sende widersprüchliche Signale. Er **forderte einen bundesweiten Aktionsplan** zur Bewältigung der Krise. Dass das Kanzleramt Anfang Oktober endlich die Asylpolitik zur Chefsache erklärte, begrüßten die Freien Demokraten – allerdings erfordert die Lage weiteres Handeln, denn nach wie vor kommen die Behörden mit dem Asylantragsstau nicht zurecht. **Hierzu hat die FDP konkrete Vorschläge vorgelegt**. Allen Versuchen, die Flüchtlingskrise für ideologische Zwecke zu missbrauchen, erteilen die Freien Demokraten eine deutliche Absage. Dazu gehören die Forderungen nach einer **Aufweichung des europäischen Stabilitätspakts** sowie die Pläne einiger Politiker, private Immobilien zu beschlagnahmen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, forderte anlässlich der Rede von EU-Kommissionschef

Jean-Claude Juncker zur Lage der EU im September 2015 die **Bekämpfung der Fluchtursachen**. "Die meisten Menschen würden am liebsten zu Hause bleiben und mit ihrer Familie in bescheidenem Wohlstand und Frieden leben. Das muss unser Ziel sein." Mit Blick auf das Chaos in Syrien und dem Irak gab Lambsdorff zu bedenken, dass Frankreich und Großbritannien die IS-Miliz bereits militärisch bekämpften. Aus seiner Sicht müsse Deutschland dabei unterstützen. Darüber hinaus müsse die Entwicklungshilfe reformiert und neu aufgestellt werden. Im August 2015 beschloss das FDP-Präsidium **10 Punkte für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik**. Im Beschluss forderte das Präsidium den Bund auf, die Kosten für die Asylverfahren in Deutschland zu übernehmen und konkrete Maßnahmen zum Abbau des Antragsstaus zu treffen. Außerdem forderten die Freien Demokraten, die chaotische Einwanderung vom Westbalkan zu steuern, Arbeitsverbote für Flüchtlinge aufzuheben und die Integration durch die Vermittlung von Sprachkenntnissen und Ausbildungschancen von Anfang an zu unterstützen. Die Arbeitsmarktintegration ist immer noch viel zu bürokratisch geregelt. Wir brauchen dringend Ausnahmen vom Mindestlohn. Aus Sicht der Freien Demokraten sollten sich **Asyl und Einwanderung** künftig nicht mehr gegenseitig ausschließen. Wer als Asylbewerber nach Deutschland einreist und gleichzeitig die Bedingungen für die reguläre Einwanderung erfüllt, soll deshalb bleiben können. Bereits auf dem Bundesparteitag im Mai 2015 beschlossen die Freien Demokraten ein **Gesamtkonzept zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik**.

Mein 6. politischer Aschermittwoch

Politisch-musikalischer Streifzug durch die Landespolitik

Bei meinem 6. politischen Aschermittwoch im Bärensaal in Weinstadt sorgte ich wieder für einen kurzweiligen politisch-musikalischen Streifzug durch die Bundes- und Landespolitik. Nach einem Grußwort von Alt-OB Jürgen Hofer und einem schwäbischen Politik-Gedicht des Weinstädter FDP-Ortsvorsitzenden Hans-Jörg Polzer unterhielt ich die rund 80 Gäste politisch und musikalisch vorzüglich.

Unterhaltsames Spiel auf dem Akkordeon gemeinsam mit Manfred Schneider im gut gefüllten Bärensaal in Weinstadt.

Abschlussbericht der Enquete Pflege

600 Handlungsempfehlungen für Baden-Württemberg

Mehr als 1.000 Seiten dick ist der Abschlussbericht der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“. Daraus geht hervor, was wir 19 Enquete-Mitglieder während der rund 21-monatigen Tätigkeit erarbeitet haben. Die Enquete übergibt mehr als 600 Handlungsempfehlungen, die dazu beitragen sollen, die Pflege in Baden-Württemberg zukunftsfähig zu machen. Der Abschlussbericht wurde bei der Landespressekonferenz vorgestellt. Die zentralen Ergebnisse beziehen sich auf zehn Themenbereiche, etwa Fachkräftegewinnung, Aus- und Weiterbildung sichern, Ausbau der Sektorengrenzen und Pflegebedürftigkeit verhindern, Bürokratie abbauen, in Würde und selbstbestimmt altern, Quartiersentwicklung stärken, pflegende Angehörige entlasten, bürgerschaftliches Engagement fördern sowie Professionalisierung fördern.

Die Attraktivität des Pflegeberufs muss gesteigert werden. Das kann durch die Kombination unterschiedlicher Handlungsansätze, wie zum Beispiel Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung, gelingen.

Neujahrsempfang der FDP Rems-Murr

mit Dr. Klaus Kinkel

Beim gemeinsamen Neujahrsempfang des FDP-Kreisverbandes und der FDP/FW-Kreistagsfraktion am 25. Januar im Waiblinger Bürgerzentrum begrüßten wir 180 Gäste. In seiner Begrüßungsrede warnte der Waiblinger FDP-Landtagsabgeordnete und ehemalige Landesjustizminister Prof. Dr. Ulrich Goll zunächst vor dem Politikansatz der Grünen. Dr. Klaus Kinkel, ehemaliger Bundesaußenminister, sprach den größten Mut zu: „Die Stimmung hat sich gedreht. Die Menschen merken, dass die FDP im Bundestag fehlt. Wir müssen jetzt durch Solidität und Verlässlichkeit überzeugen.“ In seiner außenpolitischen Bestandsaufnahme warnte Kinkel vor einem Zerfall der EU. „Heute überwiegen die nationalen Interessen der einzelnen EU-Staaten und nicht mehr das Gemeinschaftsinteresse an Europa. Das ist nicht gut.“ Ulrich

(v.l.n.r.) Ulrich Theurer, Ehrenvorsitzender; Lienhard Perkams, Remshalden für 25 Jahre Mitgliedschaft; Gerhild Weller, Plüderhausen für 40 Jahre; Dr. Gertraut Fischer-Luz, Plüderhausen für 40 Jahre; Wiltraud Schulz, Remshalden für 40 Jahre, Hans-J. Brüninghaus, Kernen für 40 Jahre Mitgliedschaft und der Kreisvorsitzende Jochen Haußmann MdL.

Lenk, Vorsitzender der FDP/FW-Kreistagsfraktion, skizzierte das Arbeitsprogramm im Landkreis. Lenk forderte, die Haushaltsüberschüsse im Bund den Landkreisen für die Integration der Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Die Position der FDP zur Windkraft

Auf die Stärken unseres Landes setzen

Erneut machen Windkraftprojekte negative Schlagzeilen. Im Fokus steht der „Windkraftpionier“ JUWI, der auch in Hessen zu den größten Projektentwicklern gehört. Mit den Pfalzwerken und den Stadtwerken Mainz klagen nun zwei große kommunale Energieversorger gegen JUWI, weil versprochene Windprognosen dauerhaft nicht erreicht wurden und damit auch die Renditen weit unter Plan liegen. Statt Gewinnen steht nach mehr als zehn Jahren Betrieb ein zweistelliger Millionenverlust in den Büchern des Gemeinschaftsunternehmens „Pfalzwind GmbH“. Pfalzwind betreibt insgesamt mehr als 60 Windkraftanlagen. „Die gleiche Masche sehen wir auch in Hessen. Überall werden Kommunen, Versorger und Energiegenossenschaften mit der Aussicht auf satte Gewinne in Windkraftgeschäfte gelockt. Am Ende stehen aber

meistens Verluste, für die die Bürger aufkommen müssen. Sie haben damit nicht nur den Schaden an Natur und Landschaft, sondern auch noch ein finanzielles Desaster vor Ort“, so René ROCK, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag. Wir Freie Demokraten fordern ein Ende dieser verfehlten Subventionspolitik in Deutschland. Statt blinden Aktionismus bei der Windkraft an den Tag zu legen, sollte die Landesregierung vor allem in Baden-Württemberg auf die Stärken unseres Landes setzen: Innovationskraft und starke Unternehmen als Partner für mehr Energieeffizienz. Weiter müssen wir dafür sorgen, dass die Europäische Union den Emissionshandel als zentrales Instrument einer marktwirtschaftlichen Energiewende endlich in Gang bringt.

Ein Blick über die Schulter

Hier war ich für Sie unterwegs

Zu Besuch am Informationsstand des Landesapothekerverbands Baden-Württemberg beim Parteitag der FDP am 5. Januar 2016. Gerne informierte ich mich bei Vorstandsmitglied Eleftherios Vasiliadis über die Situation der Apothekerschaft.

Unternehmergespräch mit Christian Lindner bei der ANDREAS STIHL AG & Co. KG in Waiblingen-Neustadt. Mittelstandspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Die Delegation aus der Region Nordfinnland mit Vertreterinnen und Vertretern des Landtags am 25. November 2015.
(Bildquelle: Landespressestelle)

Im Namen des FDP-Kreisverbandes Rems-Murr und der FDP/FW-Kreistagsfraktion gratulieren wir unserem Uli Lenk von ganzem Herzen zum Bundesverdienstkreuz am Bande. Er ist seit 42 Jahren Mitglied der Freien Demokraten, seit 35 Jahren im Gemeinderat, fast 20 Jahre im Kreistag tätig.

Eindruck vom „3. Tübinger Dialog“ am 1. Dezember 2015 in Tübingen zum Thema „Regressfreie Zone Baden-Württemberg – Ist die Regionalisierung der Arzneimittelsteuerung die Lösung?“ Wer sich an die in Leitfäden vorgeschriebene Therapie hält, soll sich darauf verlassen können, wirtschaftlich zu handeln. So lautet das Versprechen der KV Baden-Württemberg. Beim Tübinger Dialog diskutierten Akteure des Gesundheitswesens über die Rechtssicherheit dieses Vorhabens.